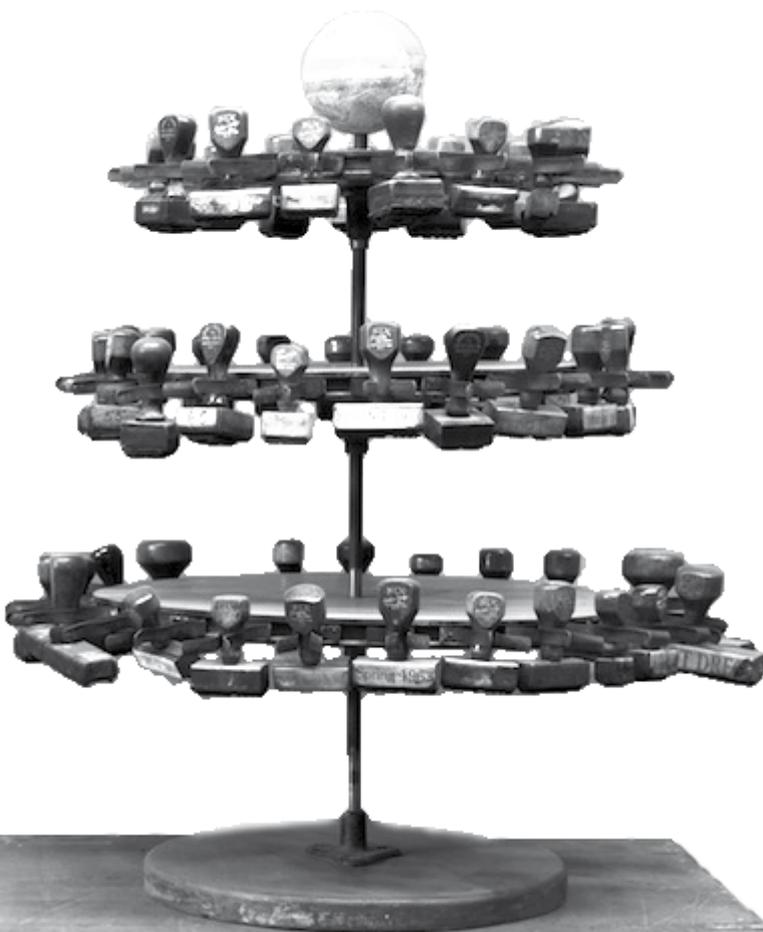




Über's Stempeln und gestempelt werden

Während den Fachräten immer noch der offizielle Stempel für ihre Legitimation fehlt (Seite 2), verleiht sich die innovative, effiziente, zukunftsweisende, leistungsorientierte, zeitgemäße, medienkompetente, exzellente und hochgetürmte, staatlich als Gesellschaftselite ausgewiesene SRH das Gütesiegel selbst (Seiten 3 bis 5). Alles andere als ein Gütesiegel wird so manchen Asylbewerbern aufgedrückt. Bei ihnen kommt das Stempelkarussell meist bei »abgelehnt«, »ausgewiesen« zum Stehen (Seiten 7 bis 9). Darum, wer seiner Sichtweise den Stempel der ›Wahrhaftigkeit‹ aufdrücken darf, tobt ein Kampf in Mexiko (Seite 10 und 11), wo der alte Rassenstempel weiterhin mächtig zum Einsatz kommt (Seite 11).

die Redaktion



Wohlfeile Fachräte oder logistische Überforderung

7000 Euro Kosten: Grund keine Fachräte einzuführen

Habt ihr euch schon einmal gefragt, wer eigentlich eure Prüfungsordnung konzipiert, wer das Modulhandbuch geschrieben und wer den Begriff »Modul« (= Zusammenführung verschiedenartiger Lehrveranstaltungen zu einer sinnvollen Einheit) scheinbar nicht richtig verstanden hat, als sie oder er sämtliche thematisch vollkommen unterschiedliche Einführungsveranstaltungen des ersten Semesters in ein Modul »Einführung« gepackt hat?

Formal verantwortlich ist der *Fakultätsrat* als kleinste Einheit der akademischen Selbstverwaltung in der Universität, in dem sämtliche Statusgruppen – ProfessorInnen, akademischer Mittelbau, MitarbeiterInnen aus Administration und Technik und natürlich die Studierenden – gemeinsam alle wichtigen Entscheidungen treffen. »Gemeinsam« aber nur so lange, wie die ProfessorInnen die absolute Mehrheit haben – garantiert durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 1973. Nun mag die geneigte Beobachterin sich fragen: »Aber ich studiere doch Psychologie. Ist dann die »psychologische Fakultät« für mich zuständig?« Die Antwort ist: Nein. Die gibt es nämlich gar nicht. Du gehörst zur Fakultät für »Verhaltens- und empirische Kulturwissenschaften«, zusammen mit SportlerInnen, EthnologInnen, BildungswissenschaftlerInnen und GerontologInnen. Und alle gemeinsam stimmen über die Konzeption des Masterstudiengangs Psychologie ab. Ist doch super, oder?

Naja, eigentlich nicht. Andererseits: Ganz so schlimm ist die Tatsache, dass Fachfremde über etwas abstimmen, von dem sie – zumindest fachlich – überhaupt gar keine Ahnung haben, dann auch wieder nicht: Im Fakultätsrat wird nämlich wirklich fast nur abgestimmt und selten diskutiert. Nur dann kommt nämlich Kontroverse auf, wenn die Studierenden Änderungsanträge einbringen. Die tatsächlichen Konzepte, das Grundgerüst jeder weitreichenden Entscheidung des Fakultätsrats wird vorher getroffen: Im Fach selbst, im Institut, zumeist also im Direktorium. Und hier sitzen nur ProfessorInnen und treffen sämtliche Entscheidungen. Formale Mitbestimmung der anderen Statusgruppen – so auch der Studierenden – ist nicht vorgesehen. Hin und wieder werden die Studierenden einbezogen, jedoch nur solange es den wirklichen Entscheidungsträgern genehm ist.

Einen Ausweg aus diesem Dilemma böte der *Fachrat*: Ein paritätisch besetztes Gremium auf der Ebene des Fachs. Dort wo die wirklichen Entscheidungen getroffen werden. Hier muss miteinander geredet werden, bevor die übergeordneten Gremien ihre Kontrollfunktion wahrnehmen können. Nicht nur die Qualität und die Nachhaltigkeit der Studien- und Prüfungsordnungen würden sich erhöhen, sondern auch eine gemeinsame Gesprächskultur im Fach könnte sich entwickeln. Gewählte VertreterInnen der verschiedenen Statusgruppen würden sich austauschen und gemeinsam an Lösungen für die anstehenden Probleme arbeiten. Derzeit bemüht sich die Fachschaft jedes Fachs, die Belange der Studierenden zu vertreten, zumeist ohne formal dafür nominiert – gewählt – zu sein. Die ProfessorInnen sehen sich zwar engagierten, in der Sache kompetenten Studierenden gegenüber, mit denen sie im besten Fall Entscheidungen abstimmen, jedoch müssen sie daran zweifeln, ob diese Studierenden für die Mehrheit ihrer KommilitonInnen sprechen. Die Lösung bietet ein gewählter Fachrat.

Soweit zur Idee an sich. Natürlich wurde dieses Konzept breit diskutiert, in verschiedene Fakultätsräte und bis in den Senat der Universität gebracht. Kurz vor der Einführung stehend hat die fertige Satzung, die dem Senat bereits zur Verabschiedung vorlag, einen herben Dämpfer erfahren: 7000 Euro Kosten wurden für eine universitätsweite Wahl geschätzt. Diese dürfen aber angeblich nicht aus den Mitteln der Fächer entnommen werden, nicht aus Studiengebühren bezahlt werden, usw. Warum? Weil das Landeshochschulgesetz keine Fachräte vorsieht.

Hier sollte jeder interessierte Studierende hellhörig werden. Denn natürlich ist nicht nur die Landesregierung Schuld: Die Leitungsgremien der Universität, die sonst auch gern mal ein Auge zudrücken, wenn nicht ganz legale Deals gemacht und größere Geldmengen innerhalb der Universität verschoben werden, ist in dieser Sache peinlich genau auf strikte Einhaltung der Dienstanweisungen aus Stuttgart bedacht.

7000 Euro sollen also uniweit nicht zu stemmen sein? Der erste Schritt hin zu etwas Demokratieähnlichem soll diesen Preis nicht wert sein? Mit dem Geld, das gerade in die Renovierung der Neuen Uni investiert wurde, könnte ein Fachrat 1500 Jahre lang finanziert werden. Aber das muss ja nicht sein. Wenn es nicht nur darum geht, einen guten Vorschlag zu torpedieren, wird dieser Betrag wohl aus Universitätsmitteln aufzutreiben sein. Sicher scheint jedenfalls: Sollte die Einführung der Fachräte an dieser Hürde scheitern, dann hat sich der Großteil der Studierenden, des Mittelbaus und der ProfessorInnenschaft von den reaktionären Kräften über den Tisch ziehen lassen, denen noch nicht klarwerden wollte, dass eine zusätzliche Sitzung im Semester nicht das Ende ihrer akademischen Freiheit bedeutet, sondern Verbesserungen in der Organisation der Lehre bringt. Dass die Einbeziehung des Mittelbaus auch dessen Chancen erhöht, die Bedingungen unter, denen er ausgebeutet (»beschäftigt«) wird, zu verbessern. Letztlich geht es in dieser Debatte aber vor allem darum: Den Status der Studierenden zu bestimmen, wie ihn die universitäre Öffentlichkeit wahrnimmt – das muss nicht derselbe sein, wie ihn das Landeshochschulgesetz mit seiner traurigen Genese impliziert.

von Martin Wagner und Sebastian Erhard

Parallelgesellschaften.

Wie Bildungskonzerne funktionieren – eine kritische Analyse

Man schaue gen Westen, über Neckarbrücken, da erhebt sich ein Turm, ein privater Hochschulturm, blau, viel Glas – das moderne Elfenbein. »Jetzt schlau sein und einfach mal abchecken«, metekelte die Kampagne der SRH Fachhochschule Heidelberg und liefert dazu ulkige TV-Spots, deren Witz in der herablassenden Karikierung von Universitätsklischees gipfelt (<http://www.srh-hochschulen.de>).



Die SRH (Stiftung Rehabilitation Heidelberg) teilt sich in einen Bildungssektor (außer sechs FHs gehören dazu berufliche Reha-zentren ebenso wie ein Gymnasium und eine Sonderschule) und einen Gesundheitssektor (bestehend aus sieben Fach- und Allgemeinkliniken) auf. Die einzelnen, rechtlich selbständigen Einrichtungen sind Teil der SRH-Holding, welche als private Stiftung bürgerlichen Rechts als Dachgesellschaft fungiert. Eine dieser Einrichtungen ist die SRH-Fachhochschule in Heidelberg (1969 gegründet als Unternehmung zur beruflichen Rehabilitation Behinderter), die erste und größte der SRH-Hochschulen.

An der SRH Heidelberg hat man fünf Fachrichtungen mit insgesamt 31 Studiengängen zur Auswahl. Es gibt Fakultäten für Informatik, Musiktherapie, Sozial- und Verhaltenswissenschaften und Wirtschaft und eine sogenannte »School for Engineering and Architecture«. Die Umstellung auf B.A. und M.A. ist schon lange erfolgt und 2009 nahmen über 2000 Studierende einen der Studiengänge an der SRH in Anspruch. Wer bereit ist, ca. 550 € monatlich bzw. 20.000€ für den ganzen Bachelor zu berappen, hat laut Angaben des Rektors Jörg M. Winterberg, Rektor und Geschäftsführer der Hochschule in Personalunion, mit 90%iger Wahrscheinlichkeit sechs Monate nach dem Abschluss einen Job. Die vermuteten Synergieeffekte, wonach SRH-Absolventen direkt von einem SRH-Unternehmen (insbesondere der SRH-Kliniken) übernommen werden, stellten sich laut Prof. Winterberg bisher nicht ein.

Zwei Drittel der Studenten finanzieren das Studium mithilfe der Eltern oder aus eigenen Vermögen, das letzte Drittel nimmt einen Studienkredit auf; ein paar wenige erhalten ein Stipendium, wobei das (volle) BAföG natürlich nur knapp für den Lebensunterhalt reicht. Als Gegenleistung gibt es neben den rosigen Job-

aussichten kleine Lerngruppen, erstklassige Hardware (Räume, Infrastruktur), unkomplizierte Auslandsaufenthalte in Partnerinstituten und einen Mentor, der den Student durch das Studium begleitet. Insgesamt wählt der Studierende ein Studium, das ihn »an die Hand nimmt« (Prof. Winterberg).

Die Philosophie bzw. das Leitbild der SRH ist getragen von den Begriffen »persönliche Freiheit«, »Selbstbestimmung«, »Eigenverantwortlichkeit in sozialer Bindung«, »Unabhängigkeit« und »soziale Marktwirtschaft und Wettbewerb«. Laut Winterberg ist die SRH im Gegensatz zu der Universität, die ein »derart klares Bekenntnis« leider nicht äußern kann, nicht in der Lage für »diese Werte einzustehen«. Unabhängig von der Schwammigkeit dieser Begriffe fällt es schwer zu verstehen, dass dies die Kernpunkte des Leitbildes jener Hochschule sind, deren Produkt vor allem für jene attraktiv ist, die sich so gerne an die Hand nehmen lassen. Vermutlich sind es wie so oft unterschiedliche Konzepte von Freiheit und Individualität, die hier aufeinander treffen.

Eine private Bildungseinrichtung unterliegt nicht dem Gebot der politischen Unabhängigkeit. Sie kann sich ein ideologisches Programm auferlegen und ihre Forschung und Lehre daran ausrichten. Die Heidelberger SRH-Hochschule hat ihr Programm im John Stuart Mill Institut für Freiheitsforschung institutionalisiert. Darin wird der marktliberale Freiheitsbegriff gelehrt und entsprechende Bekenntnisse als Forschung verkauft. Das Institut unterhält Kooperationen mit der Friedrich-Naumann-Stiftung, der Hayek Gesellschaft und anderen parteipolitisch eindeutig zuzuordnenden Kreisen. Der im SRH-Leitbild reklamierte Freiheitsbegriff ist ein eindeutiger, kein offener. Er repräsentiert die Forderung an den Einzelnen, sich in seiner Anpassung an die Bedingungen des Kapitalismus frei zu fühlen.

Innerhalb eines bestimmten Denksystems (ein Denksystem, das heute allgemein anerkannt ist) hat der Rektor der FH sicherlich Recht, wenn er auf zahlreiche Studien verweist, wonach im Falle eines Lottogewinns für einen jungen Menschen die beste »Investition in die Zukunft« in Bildung, sprich in

einem Diplom bestehe. Alternative Investitionsobjekte – dem Denksystem folgend – sind ein neues Auto, andere Luxusartikel und, im Falle der Verlierer, Drogen. Dass der Lebenszweck und die Definition von »Investition in die Zukunft« nicht darin bestehen, sich am Arbeitsmarkt zu verkaufen, um »Mein Haus, Mein Auto, Mein Boot, Meine Frau« zu realisieren, ist außerhalb des Denksystems, sprich diskursirrelevant. Innerhalb werden alternative Konzepte wie die Verwendung des Lotogewinns für eine Weltreise, für das Selbststudium einer »interessanten« theoretischen oder praktischen Materie ohne Diplom, für das »was dazu beiträgt, dass man echter wird, näher an sich selbst heranrückt« (Peter Bieri), ja vielleicht sogar für Drogen, was ex post rational im Sinne einer guten und erfüllten Zukunft sein kann – eher als individuelles Versagen gebrandmarkt.

Prügelknabe für die Kritik an den privaten Hochschulen sowohl aus den eigenen Reihen als auch von grundsätzlichen Gegnern ist die Hochschule Witten-Herdecke. Sie laviert immer wieder am Rande der Insolvenz, weil einerseits keine starken privatwirtschaftlichen Teilhaber gesichert werden und andererseits die Finanzierung über Studiengebühren lax gehandhabt wird. Die Gebühren sind nämlich erst dann fällig, wenn der Absolvent einen gesicherten Lebenserwerb erlangt hat. Aufgrund der Finanzengpässe droht immer der Verlust der Förderung durchs Land. Zuletzt geschehen 2008. Witten-Herdecke bietet als einzige private Hochschule eine breite akademische Bildung, es gibt ein Institut für Philosophie, jeder Student absolviert ein *studium fundamentale*, das sich mit grundlegenden, philosophischen Reflexionen, kommunikativen Erfahrungen und künstlerischer Praxis beschäftigt. Die SRH-Holding zeigte zunächst Interesse, als Teilhaber in die GmbH der Uni einzusteigen, zog sich jedoch zurück, als klar wurde, dass man sich in Witten keine inhaltliche Orientierung diktieren lasse. Bezeichnend ist die Stellungnahme von Nils Birschmann, Sprecher der SRH, dass man skeptisch gestimmt sei, weil die Geschäftsanteile nicht die Mitspracherechte in der Hochschule widerspiegeln.

Diese kapitalistische Logik wird auch in vermeintlich objektiven Studien untermauert, wie in der des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft in Zusammenarbeit



mit McKinsey & Company. Die mit »Rolle und Zukunft privater Hochschulen in Deutschland« betitelte Studie mündet in der Forderung, private Hochschulen an staatlichen Fördermöglichkeiten partizipieren zu lassen und die Arbeitsteilung zwischen privaten und öffentlichen Bildungseinrichtungen zu forcieren. Kritik übt die Studie vor allem an den privaten Hochschulen, die bereits wirtschaftlich gescheitert sind, und favorisiert Geschäftsmodelle, bei denen Stiftungen Träger von Hochschulverbänden sind, und so nimmt es kaum Wunder, dass die Studie voll des Lobes ist über das Modell der SRH-Holding. Erwähnenswert ist außerdem, dass Prof. Klaus Hekking, Vorstandsvorsitzender der Holding, im Expertenbeirat für die Studie saß. Das Interesse seiner publizistischen Auftritte ist, zu Neuem, an der Rentabilität orientiertem Denken in der Hochschulpolitik aufzurufen. Dabei wehrt er sich gegen das hierzulande von der Politik selbst auferlegte Sparverbot. Sein Argument, nein, seine Rhetorik:

»Staatshochschulen werden seit vier Jahren mit der 4,6 Mrd. Euro teuren Exzellenzinitiative subventioniert. Ziel war es, im internationalen Vergleich wettbewerbsfähige Eliteuniversitäten zu schaffen. Trotz des Geldregens hat sich die Position deutscher Universitäten in den Rankings seither kaum verbessert. Einige Bundesländer haben Gebühren eingeführt, um die Studienbedingungen zu verbessern. Allzu viel scheint bei den Studierenden nicht angekommen zu sein. Das zeigen ihre Proteste, in denen fehlende Transparenz und Versickern der Gelder im Apparat gerügt wurden. In der Bildung kann *also* sehr wohl über Sparen geredet werden.« (Financial Times, 30.05.2010, Hervorhebung lk).

Rhetorik antwortet auf Rhetorik – denn das politisch postulierte Sparverbot entspricht nicht der Realität. Die öffentlichen Hochschulen haben sich mit der Fehlleitung von Finanzen, mit widersprüchlichen, realitätsfremden, von außen auferlegten Ansprüchen und Bürokratien rumzuplagen; Konsequenz der politischen Orientierung an internationalen Rankings, die Bildungsmanager wie Hekking als maßgeblich für Bildungspolitik halten und die eben zu so etwas wie der Exzellenzinitiative führte. Daraus lässt sich kein Argument zum Sparen ableiten, sondern lediglich die Notwendigkeit, über Ansprüche zu diskutieren. An einer solchen Diskussion werden Betreiber privater Hochschulen wie die SRH nicht neutral partizipieren wollen, weil sie sich im Bildungssektor als Vertreter marktliberalen Konformismus etabliert haben.

Aus dieser Haltung heraus wird das Argument der Nachfrage allen Zweiflern entgegen gehalten: 4,5% der Studierenden in Deutschland sind an privaten Fachhochschulen eingeschrieben, Tendenz steigend. Wird dieser Anteil vom Gesamt der Studier-

willigen abgeworben, oder rekrutieren sich die »Bildungskunden« der privaten FHs aus einer anderen Zielgruppe? Angesichts der inhaltlichen Orientierung auf Ausbildungsfächer muss man annehmen, dass eben jene dort studieren, die alternativ dazu eine Betriebsausbildung gemacht hätten. Es wird also eine neue Zielgruppe mit einem Hochschulabschluss versehen und damit der immer wieder aus Politik und Wirtschaft tönenden Forderung nach einer Vermehrung der Hochschulabsolventen gerecht.

Damit stünden die privaten FHs in keinem Konkurrenzverhältnis zu den öffentlichen Hochschulen. Dennoch werden Vergleiche mit diesen bemüht, um das Geschäftsmodell zu rechtfertigen. Die Schlussfolgerungen aus solchen Vergleichen lauten: Die privaten Hochschulen arbeiten effizient durch Eigenfinanzierung, belasten nicht die Staatskassen, die Strukturen sind unbürokratisch, deswegen der Bildungsbetrieb effizienter; das Geschäftsmodell ist nicht nur für die Bildungsträger rentabel, sondern auch für die Studenten, die üblicherweise schnell studieren und früh einen Beruf erlangen, durch den sich die Investition ins Studium rentiert.

Die vielbeschworene Nachfrage ist jedoch eine lediglich in Nischenbereichen bestehende, wie auch Prof. Winterberg eingesteht und die Aufgabe der privaten Hochschulen in relativ kleinen Marktbereichen sieht. Das wird gern vergessen und der gesamte Bildungssektor über einen Kamm geschert. Mit deswegen hat sich das universitäre öffentliche Bildungssystem immer weiter vom (nie realisierten) Ideal der Humboldt'schen freien Universität weg, hin zu dem entwickelt, was wir in diesem Artikel beschreiben. Beispielhaft dafür stehen die Abschaffung der verfassten Studierendenschaft in BaWü sowie die Einführung von Studiengebühren und der B.A.- und M.A.-Studiengänge.

Ein immer größer werdender Anteil junger Menschen studiert, um den Zugewinn an Humankapital (wie auch immer vom Markt definiert und im Diplom verewigt) am Arbeitsmarkt zu verwerten. Wenn die für dieses »An-die-Hand-genommen-Werden« zu zahlenden 20.000€ kleiner als der resultierende Anstieg des »individuellen« Marktwerts sind, sollte man studieren (individuelle Kosten-Leistungs-Rechnung). Vermutlich stimmt das und trotzdem ist Verweis auf Marktgegebenheiten, sprich auf die Ergreifung einer Marktlücke – obwohl heute legitimierend für vie-

lerlei Handlungen verwendet – unzureichend, vor allem dann, wenn von denselben Menschen die Politikferne der Studenten beklagt wird.

Außerdem bedarf die Mär von der Selbstfinanzierung der privaten Fachhochschulen der Korrektur. Denn der Staat fördert sie indirekt mit. Erstens erhalten die SRH-Einrichtungen eine staatliche Grundförderung von 15% ihres Haushalts, weil sie behindertengerechte Ausbildung garantieren. Zweitens ist die sonstige Kostendeckung durch Studiengebühren möglich, weil der Staat die Studenten bei der Finanzierung derselben unterstützt – die sog. Subjektförderung wird von Vertretern privater Bildungseinrichtungen als allein adäquate für jegliche Bildungsbereiche reklamiert. Drittens wird jede Bildungseinrichtung, auch privatwirtschaftliche, durch den Erlass der Umsatzsteuer subventioniert.

Auch die Mär von der unbürokratischen Bildungsverwaltung bei privaten Trägern muss zu Ende erzählt werden. Die privaten Hochschulen sind inhaltlich homogen, weil sie einen spezifischen Bildungs-»Markt«, eine konkrete »Nachfrage« bedienen. Inhaltliche Konfrontationen bleiben auf der Strecke. Der Rentabilitätsgedanke wird von jedem, ob Medizintechniker oder Medieninformatiker, unterstützt, denn das jeweilige Fach ist genau darauf ausgerichtet. Das entsprechend rationalisierende Management achtet jeden gleich. Auch von Studenten sind in einem solchen Ausbildungssystem keine Widerstände zu erwarten, weil ihr Interesse der schnelle, verheißungsvolle Abschluss und der rentable Berufseinstieg ist. Die privaten Hochschulen des SRH-Typs repräsentieren nicht die heterogenen Kultur- und Bildungskonzepte unserer Gesellschaft, müssen diese nicht organisieren und kennen ihren jeweiligen Eigenwert nicht.

lk/js

Einige Aspekte zur »Schulautonomie«

Der Artikel spiegelt nicht die Meinung der Redaktion wider. UNiMUT ist jedoch dankbar für den externen Beitrag von *Felix Kracht*.

Über die Vor- und Nachteile, die die sogenannte »Hochschulautonomie« für gewisse Schichten hat, wurde in den letzten Jahren viel debattiert. Über die unzumutbaren Zustände an einigen privaten Grund- und weiterführenden Schulen dagegen wurde die breite Öffentlichkeit in Deutschland erst in den letzten Monaten informiert. Als im Frühjahr dieses Jahres die ersten Belege über z.T. verjährte Mißbrauchsvorfälle ans Licht kamen, lag der Fokus der Berichterstattung zunächst auf katholischen Privatschulen, bis die Frankfurter Rundschau im März dieses Jahres Dutzende Mißbrauchsvorfälle an der Odenwaldschule aufgedeckt hat. Unbestreitbar sind diese überwiegend verjährten Negativbeispiele keinesfalls symptomatisch für das Groß der Privatschulen.

Doch sie sind definitiv die Folge eines Schulwesens, dem jegliche demokratische – sowohl externe als auch interne – Kontrolle fehlt, und das – verglichen mit öffentlichen Schulen – stark hierarchisch und korporatistisch gegliedert ist. Während das öffentliche Schulwe-

sen durch relativ gefestigte Erziehungsnormen und vor allem eine geregelte (wenn auch schwindende) öffentliche Finanzierung den meisten Kindern und Jugendlichen noch eine schulische Grundbildung gemäß den Werten der Aufklärung zu sichern versucht, ist eine solche bei vielen Privatschulen keinesfalls selbstverständlich. Das liberalisierte Schulwesen ermöglicht beispielsweise religiösen und sonstigen antiemanzipatorischen Gruppen, fernab öffentlicher Kontrolle die Erziehung von Kindern mit Lerninhalten, die sich in einigen Fällen durchaus als antiaufklärerisch bezeichnen lassen. Die Berichte über Schulen, die von dogmatischen Anhänger_innen fragwürdiger Theorien, wie z.B. der Anthroposophie geleitet werden und die keinerlei Widerspruch dulden, nehmen zu. Aus einer solchen Liberalisierung des Schulwesens resultiert außerdem eine Heterogenisierung von Bildungsinhalten und damit der Gesellschaft. Während schon das veraltete Modell des dreigliedrigen Schulsystems zu starken gesellschaftlichen Brüchen führt, wird dieser Trend durch das privatisierte Schulwesen noch verschärft. Während die Brut der Profiteure an teuren Eliteschulen den entsprechenden Habitus erlernt, muss sich die mittellose Masse mit Restschulen begnügen.

Dazu passt der Trend, viele Lehrer als reine Honorarkräfte einzustellen, die dann weniger verdienen als feste Angestellte (während der Schulferien oder einer Krankheit gibt es kein Geld). Außerdem können diese jederzeit gekündigt werden. Mit dem Umschwenken auf Honorarkräfte werden ebenso auch die Möglichkeiten einer eigenen betrieblichen Organisation erschwert. Honorarkräfte haben zum Beispiel kein Stimmrecht bei Betriebsratsahlen. Bart, Betriebsrat bei einer berufsbildenden Privatschule mit naturwissenschaftlichem Schwerpunkt in Niedersachsen, berichtet von einem weiteren Trick, die betriebliche Organisation gering zu halten. »Ich habe zwei Chefs, Frau und Mann sind beide Geschäftsführer und Schulleiter zweier jetzt offiziell getrennter Schulen. Sobald der Betrieb zu groß wird, werden verschiedene Schulausbildungen einfach voneinander getrennt und als neue eigenständige Betriebe vorgestellt. So hält man die Angestelltenzahlen pro Schule unten und damit wiederum die Möglichkeiten der Organisation. Ach ja, der private Bildungsmarkt wächst, ebenso die Zahlen der Schüler an unserer Schule«.

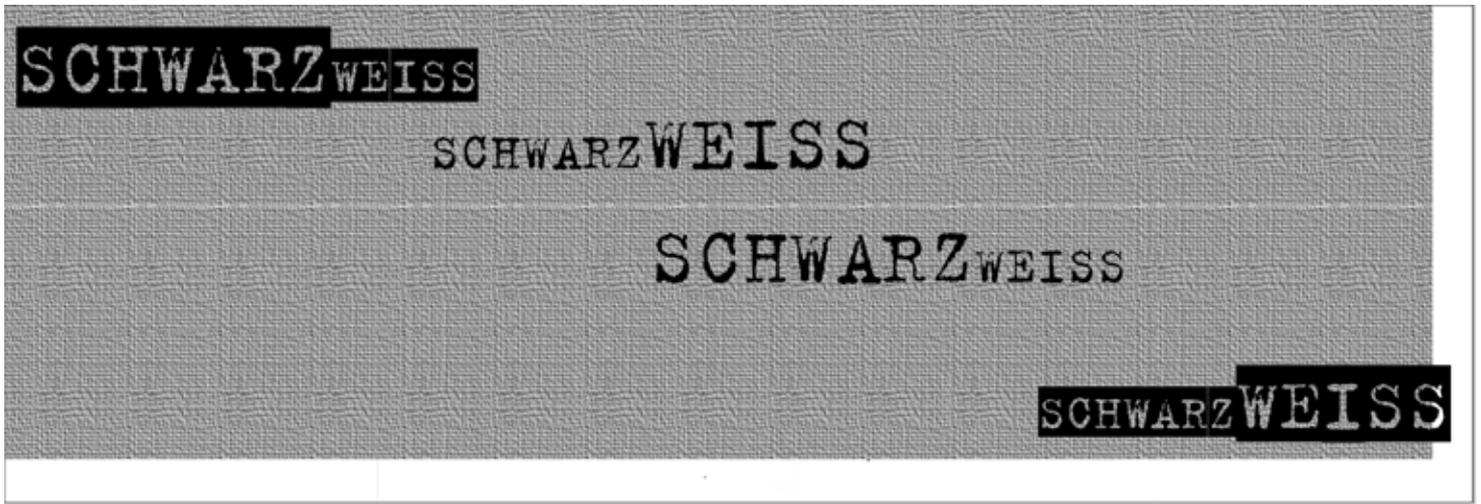
Diese Entwicklung lässt sich statistisch belegen: Seit 1992 ist die Zahl der Privatschüler um mehr als die Hälfte (52 Prozent) auf insgesamt 873.000 im Schuljahr 2005/06 gestiegen. Auch die Zahl der Privatschulen hat zugenommen: Im Schuljahr 2005/06 gab es 4637 private allgemeinbildende und berufliche Schulen. Das sind 43,5 Prozent mehr als 1992 und 0,7 Prozent mehr als im Vorjahr. Die wenigsten Privatschüler gibt es in Schleswig-Holstein (3,3 Prozent), die meisten in Sachsen (11,4 Prozent). Die größte Gruppe unter den Privatschülern stellen die Gymnasiasten mit 40,4 Prozent.

Ein wichtiges Instrument für einen flächendeckenden Aufbau privaten Schulwesens sind die sogenannten Bildungsgutscheine. Bildungsgutscheine sind in Deutschland bisher bekannt als Möglichkeit des Arbeitsamtes, Umschulungen oder Weiterbildungen von ALG-Empfänger_innen an private oder öffentliche Bildungsträger auszulagern. In den USA wurde im Zuge der katastrophalen Ereignisse um Hurrikan Katrina in New Orleans die Ausgabe von Bildungsgutscheinen für reguläre Schulbesuche eingeführt und damit dem öffentlichen

Bildungssystem ein schwerer Schlag verpasst. Erstmals wurden damit auch christliche Bildungseinrichtungen mit öffentlichen Geldern gefördert, das Trennungsgebot von Kirche und Staat wurde damit aufgehoben. Die Umstellung der finanziellen Förderung vom Objekt (Schule), auf das Subjekt (Schüler) führt außerdem zu einer Tendenz, dass die Schulen sich leicht zu unterrichtende Schüler_innen auswählen und benachteiligte Schüler_innen ablehnen. Ein Beispiel hierfür ist die Bundeswehr, die auf Bildungsmessen an ihren aufwändigen Ständen eine Verpflichtung als Zeitsoldat mit einer zivilen Ausbildung als »zweitem Standbein« bewerben. Die für gewöhnlich sehr disziplinierten Soldaten bekommen ihre Ausbildung durch die Bundeswehr voll finanziert und haben dadurch die Möglichkeit, im Unterricht volle Leistung zu geben, anders als z.B. eine alleinerziehende Mutter, die sich nebenher noch um den Lebensunterhalt kümmern muss. »Da bleibt dann natürlich weniger Zeit, sich mit dem Unterrichtsstoff auch noch herumzuschlagen. Diese Schüler bekommen dann meist auch schlechtere Noten«, so Bart. Schüler der Bundeswehr werden an »seiner Schule« daher bevorzugt.

Das Gutscheinmodell, das von Milton Friedman, Mitglied der Chicagoer Wirtschaftsfakultät und damit Mitbegründer neoliberaler Strategien, entwickelt wurde, führt vor allem aber dazu, dass sich Schulen der Profitorientierung öffnen und sich vermehrt Sponsoren suchen. Channel One strahlt mittlerweile an ausgesuchten Schulen New Orleans Werbespots aus. Auch in Deutschland gibt es mehr und mehr Kräfte, die die öffentliche Schulbildung für Kapitalinteressen opfern wollen. Nachdem die ersten Bildungsgutscheine mit der Agenda 2010 bereits in Deutschland Einzug erhalten haben, werden ab 2013 HartzIV-Empfänger_innen, die auf einen Kita-Platz für ihre Kinder verzichten, anstelle der Herdprämie lediglich Bildungsgutscheine bekommen, da sie das Geld laut herrschender Meinung ja nur »versaufen« würden. Die Front der Befürworter des Gutscheinmodells für Schulen hält sich zwar bedeckt, doch ihre Aktivität im Internet ist groß, wovon zahlreiche einseitige Wikipedia-Artikel zeugen.

Felix Kracht



schwarzweiss Begriffslexikon

Asyl das -s, -e: ⟨ gr. -lat. »Unverletzliches«): 1. Unterkunft, Heim (für Obdachlose). 2. a) Aufnahme u. Schutz (für Verfolgte); b) Zufluchtsort

Der Begriff »Asyl« steht zunächst für eine sichere Unterkunft; dies kann sich zum Beispiel auf Obdachlose, aber auch auf Kranke beziehen. *Asyl* als Zufluchtsort für Personen, die aufgrund von Verfolgung einen geschützten Aufenthaltsort benötigen, hat seinen Ursprung in der vorantiken Zeit. Im Mittelalter wurde *Asyl* häufig von Klöstern gewährleistet (Kirchenasyl). Bis ins 20. Jahrhundert wurde immer wieder Dissidenten oder Andersgläubigen in einzelnen Staaten *Asyl* gewährleistet.

Die Kriege und Systemkonflikte des 20. Jahrhunderts vermehrten die Fluchtgründe und damit auch die Zahl derer, die in anderen Staaten *Asyl* beantragten. Nach dem Zweiten Weltkrieg regelte die Genfer Flüchtlingskonvention (1954) den Rechtsstatus von Flüchtlingen. Demnach wird eine Person als Flüchtling gewertet, wenn sie aufgrund ihrer »Rasse, Religion, Nationalität, aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung« verfolgt wird.

Die Konvention war zunächst geographisch auf die Flüchtlinge in Europa beschränkt und wurde erst 1967 ausgeweitet. Allerdings liegt es immer noch in der Hand der mittlerweile 141 Beitrittsländer, was für ein Asylverfahren den aufgenommenen Flüchtlingen zukommt.

In der Bundesrepublik Deutschland wurde das *Asyl* als Schutz vor politischer Verfolgung im Grundgesetz verankert. Als Begründung dafür wurde häufig die Erfahrung des Nationalsozialismus genannt und die daraus entstandene historische Verantwortung, nach Mord und Vertreibung nun denjenigen Menschen, die in anderen Ländern von einem ähnlichen Schicksal bedroht waren, das zurück zu geben, was andere Staaten Flüchtlingen aus dem nationalsozialistischen Deutschland gewährt hatten.

Der hohe Stellenwert, den das politische *Asyl* in der Bundesrepublik Deutschland genoss, wandelte sich jedoch mit der zunehmenden Einwanderung und Flucht nach Westdeutschland in den 1980er Jahren.

Die vermehrten Ängste vor unkontrollierbarer Einwanderung, wirtschaftlicher Konkurrenz und kultureller »Überfremdung« verstärkten sich im Zuge der erwarteten Flüchtlingswelle aus Mittel- und Osteuropa, die 1989 aufgrund des Falls des »Eisernen Vorhangs« prognostiziert wurde. Bei der Ankündigung »Osteuropas neue Völkerwanderung« (Der Spiegel 1992) wurde jedoch mit Zahlen hantiert, die eher Ängste schürten, als dass sie den Realitäten entsprachen.

Zu Beginn der 1990er Jahre verschärfte sich diese Angst, geschürt durch prominente Vertreter aus Medien und Politik, hin zu einer offenen Fremdenfeindlichkeit. Aus diesem Klima heraus kam es zu gewalttätigen Übergriffen, die sich vor allem gegen Asylbewerber richteten: Die Zahl der fremdenfeindlichen Straftaten stieg von 1991 bis 1993 beinahe auf das Dreifache an (von 2426 auf 6721). Der Begriff des »Asylanten« wurde zum Schimpfwort für Personen, die ungerechtfertigter Weise und meistens mit der Hoffnung auf wirtschaftlichen Profit immigriert sind (»Wirtschaftsasylanten«).

Europäisierung der Asylpolitik

Aufgrund der Einschränkung des Asylrechts in den 1990er Jahren und wegen der zunehmenden Europäisierung der Flüchtlings- und Asylpolitik hat die Zahl der Asylanträge in Deutschland

kontinuierlich abgenommen (1992: 438 191; 2009: 27 649).

Besonders die Bestimmungen des Schengener Abkommens sowie die Dublin II-Verordnungen haben dazu geführt, dass die Kontrollen an den EU-Außengrenzen verstärkt wurden. Zudem dürfen Flüchtlinge seit dem Dubliner Abkommen nunmehr nur noch in einem Land der Europäischen Union Asyl beantragen. Wird dieser Antrag abgelehnt, gilt dies auch für alle anderen EU-Mitgliedstaaten. Die von der Grenzagentur »Frontex« und den Mitgliedstaaten technisch aufgerüsteten Außengrenzen dienen zu großen Teilen der »Bekämpfung der illegalen Migration« nach Europa und machen es immer schwerer, in die Europäische Union zu gelangen. Solche Maßnahmen riefen und rufen bei Menschenrechtsorganisationen starke Kritik an einer »Festung Europa« hervor.

Illegale Migration statt Asyl – Der Wert eines Menschenrechts in der öffentlichen Wahrnehmung

Gegenüber den Begriffen »Flüchtlinge« und »illegale Einwanderung« sind Asylbewerber und -berechtigte in den letzten Jahren zunehmend in den Hintergrund der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt. Der Grund dafür liegt jedoch nicht in einem Rückgang weltweiter Flüchtlingsursachen, sondern in der, so der Migrationsforscher Serhat Karakayali, »faktischen Abschaffung des Asylrechts« in Deutschland zu Beginn der 1990er Jahre und der infolge dessen zunehmenden Illegalisierung von Einwanderung sowie der Europäisierung von Asyl- und Flüchtlingsfragen. Hinzu kommt, dass die weltweite Zahl der Binnenflüchtlinge steigt, also derjeniger, die nach ihrer Flucht in derselben Region bleiben.

Das alte Problem, dass Flüchtlinge über keine ausgeprägte politische Lobby verfügen, verstärkt diesen Umstand weiterhin. Gleichzeitig wurde der negativ konnotierte Asylbegriff der 1990er Jahre durch das europäische Be-

drohungsszenario der sogenannten »illegalen Migration« verdrängt. Häufig werden beide Begriffe durcheinander gebracht, was auch daran liegt, dass Flüchtlinge oft illegal einreisen müssen, um überhaupt Asyl beantragen zu können.

Unter dieser Entwicklung leidet die ursprüngliche Bedeutung von Asyl als sicherer, nicht verletzbarer Zufluchtsort: Erstens wird es immer schwieriger für Flüchtlinge, einen solchen Zufluchtsort zu erreichen. Zweitens wurde die Definition dessen, was ein sicherer Zufluchtsort ist, in den letzten Jahren zunehmend ausgeweitet. Drittens wird die individuelle Wahl des Ortes, an dem man Zuflucht ersucht, immer schwieriger. Dass sich die Anerkennungsquote von Asylberechtigten in Deutschland in den letzten fünf Jahren zwischen 0,8 und 1,6 Prozent bewegte, macht darüber hinaus deutlich, dass die zuständigen Behörden dem Bedarf an Schutz nur in seltenen Fällen zustimmen. Asyl wird somit in der medialen und politischen Diskussion eher als politisches Problem denn als elementares Menschenrecht begriffen.

Angela Siebold, schwarzweiss



Zahlen zu Flucht und Asyl

Flüchtlinge weltweit 2007:	16 Mio.
Binnenvertriebene weltweit 2007:	24 Mio.
Aufgenommene Flüchtlinge 2007:	
Pakistan:	2 Mio.
Syrien:	1,5 Mio.
Iran:	964 000
Deutschland:	579 000
Jordanien:	500 000
Asylanträge in Europa:	
EU-27 2009:	260 730
EU-15 1992:	670 000
Asylanträge in Deutschland:	
2009:	27 649
1992:	438 191

*Dieser Artikel ist inklusive der Namen und Lebensdaten der erwähnten Personen fiktiv, spiegelt aber die realen Lebensbedingungen Asylsuchender in Deutschland wider.

Jan Becht und Philmon Ghirmai, schwarzweiss



Amtsgericht Heidelberg
Im Namen des Volkes*

Urteil

in der Strafsache

gegen

1. den Asylsuchenden **Reza Pahlavi**, geb. am 10.12.1984 in Teheran/Iran, wohnhaft in 69125 Heidelberg, Henkel-Teroson-Straße (Gemeinschaftsunterkunft für Asylsuchende), ledig, Iraner
2. die Asylsuchende **Benazir Bhutto**, geb. am 29.03.1981 in Islamabad/Pakistan, wohnhaft in 69125 Heidelberg, Henkel-Terson-Straße (Gemeinschaftsunterkunft für Asylsuchende), verheiratet, Pakistanerin

wegen 1.) Einreise und 2.) Schutzsuche vor politischer Verfolgung in Deutschland

hat das Amtsgericht Heidelberg in der öffentlichen Sitzung vom 27. Oktober 2010, an der teilgenommen haben

Richter am Amtsgericht Kaltenmark als Strafrichter, Oberamtsanwalt Baumgart als Vertreter der Anklagebehörde, RA Dr. Zeller und RA Späth als Verteidiger, für Recht erkannt:

Zu 1.) **Die Angeklagten sind schuldig, illegal nach Deutschland eingereist zu sein.** Eine Einreise über den Landweg in die BRD ist auf legalem Wege im Rahmen der Dublin II-Verordnung kaum möglich. Erkennungsdienstliche Maßnahmen (bspw. Fingerabdrücke und Namensabgleich), ergaben keine vorhergehende Registrierung in einem europäischen Nachbarland. Trotzdem konnte in einem ersten eingehenden Verhör der Angeklagten in der Landesaufnahmestelle für Flüchtlinge in Karlsruhe unter der Zuhilfenahme eines von der Behörde gestellten Dolmetschers keine schlüssige Version erbracht werden, die eine direkte Einreise über den Luftweg in die BRD nachwies.

Überdies ist es dem Gericht nicht ersichtlich, weshalb ein besonderer Anspruch seitens der Asylsuchenden bestehen sollte, Deutschland als Zielort ihrer Flucht zu wählen. Verwandtschaftliche Beziehungen oder vielversprechende Lebensbedingungen sind keine gültigen Begründungen.

Zu 2.) **Die Angeklagten sind schuldig, einen unzureichenden und unglaubwürdigen Asylantrag gestellt zu haben.** Der Nachweis, wegen religiöser und politischer Verfolgung ihre Heimat unfreiwillig aber notwendigerweise verlassen zu haben, konnte im Rahmen der bisher vorgenommenen Maßnahmen in seiner Berechtigung nicht zweifelsfrei dargelegt werden. Eine eingehende Untersuchung der Anträge folgt.

Sie werden daher bis zum endgültigen Entscheid über ihren Asylantrag **zu folgenden Lebensbedingungen verurteilt:**

Die Angeklagten werden in einer den Umständen angemessenen Gemeinschaftsunterkunft (GUK) untergebracht. Eine individuelle Entscheidung der Antragsteller über ihre Wohnverhältnisse wird nicht zugelassen. Pro Person besteht ein Anspruch auf eine Wohnfläche von 4,5 qm. Die Betroffenen sind in der Stadt Heidelberg residenzpflichtig. Das Verlassen des Stadtgebietes ist antragspflichtig und kann nur in begründeten Fällen und nur für eine begrenzte Anzahl von Tagen gewährt werden (Antrag zu stellen in der Ausländerbehörde in der Bergheimer Straße 69). Auf besondere persönliche Umstände, bspw. psychischer, gesundheitlicher oder körperlicher Art, kann keine Rücksicht genommen werden. Eine medizinische Versorgung kann nur zur Behandlung von akuten Krankheiten oder Schmerzzuständen beantragt werden.

Das Verfügen über eigene finanzielle Mittel wird den Antragstellern nicht gestattet. Für ihre Grundversorgung mit Nahrungsmitteln und anderen Bedarfsgegenständen werden ihnen gemäß dem Beschluss des Asylbewerberleistungsgesetzes aus dem Jahr 1993 monatlich Wertmarken in der Höhe von 184,07 Euro zugeteilt. Die Marken sind nur in ausgesuchten Geschäften (bspw. Penny, Schlecker und Kaufland) einlösbar. Darüber hinaus erhalten sie einen Barbetrag von 40,90 Euro pro Monat (abzuholen im Amt für Soziales und Senioren, Am Fischmarkt 2). Die Aufnahme einer Beschäftigung zur Gewährleistung eines unabhängigen Lebensunterhaltes wird ihnen für die Dauer von zwölf Monaten untersagt. Nach Ablauf dieses Zeitraums gilt das Prinzip der Nachrangigkeit. Sofern eine Stelle von einer deutschen Person oder einer Person aus dem EU-Ausland übernommen werden kann, soll sie diese Stelle binnen einer Sechs-Wochen-Frist antreten.

Den Angeklagten wird ein einführender Deutschkurs angeboten. Darüber hinaus sind keine weiteren integrativen Maßnahmen vorgesehen. Während der Bearbeitungsdauer des Asylantrags ist der Schulbesuch der Tochter der Verurteilten Person 2 gestattet. Daraus entsteht jedoch kein Anspruch auf die positive Beurteilung des Antrags.

Das Gericht ist der Überzeugung, dass ein Menschenrecht auf Asyl in 99% der Fälle nicht gewährt werden kann. Im Besonderen gibt es keine Anzeichen darauf, dass ein besonderer Anspruch auf eine Zuflucht in der BRD besteht. Dieser Urteilsspruch bezweckt, den unangemessenen Anspruch der Antragsteller zu sanktionieren.

2010 – das Jahr der Zapatistas?

Unterdrückung und Widerstandskampf der indigenen Bevölkerung im Süden Mexikos

Das Jahr 2010 ist in Mexiko besonders bedeutungsvoll, da sich nicht nur verschiedene soziale und politische Bewegungen auf die mexikanische Unabhängigkeit 1810 und die Revolution von 1910 berufen. Auch die Regierung will das »historische Jahr« 2010 für sich beanspruchen und sucht mit gezielt eingesetzten Gerüchten über Anschläge militanter Gruppen die Zustimmung der Bevölkerung für eine Verschärfung der Repressionen.

Zum politischen Hintergrund Südmexikos

Seit Beginn der Kolonialzeit wird die indigene Bevölkerung dort, wo sich die kolonialen Eliten ausbreiteten, unterdrückt – so auch im Gebiet des heutigen Mexikos. Politische und soziale Ungerechtigkeiten drängen jene an den Rand der Gesellschaft, die sich nicht der »Modernisierung«, also der Schaffung von Nationalstaat und Markt, anschließen wollen. Die riesigen Ländereien einiger weniger Großgrundbesitzenden zwingen die indigenen Gemeinden, von ihrem fruchtbaren Land in die Wälder auszuweichen.

Die Zapatistas im süd-mexikanischen Bundesstaat Chiapas wählten für ihren Aufstand am 1. Januar 1994 kein unbedeutendes Datum: Es war der Tag des Inkrafttretens des NAFTA-Vertrages, welcher eine nordamerikanische Freihandelszone zwischen den USA, Kanada und Mexiko schaffen sollte. Die damit einhergehenden neoliberalen »Reformen« werden u. a. im Rahmen des »Proyecto Mesoamericana« umgesetzt. Dabei steht der Öffnung Mexikos für den internationalen Markt z. B. das indigene Konzept des gemeinschaftlichen Besitzes von Land entgegen. Der Bau von Autobahnen für den Ökotourismus oder die Zusammenlegung verstreuter Dörfer zu »ländlichen Städten« als Produktionsstandorte für internationale Firmen bedrohen so unter dem Deckmantel sogenannter Entwicklungsprojekte die ökologische Integrität der Umwelt und die Subsistenzwirtschaft der indigenen Bevölkerung. Auch die EU ist durch die Finanzierung solcher Projekte für die Zwangsumsiedlung indigener Dörfer und die Zerstörung des Landes verantwortlich.

Der Aufstand der Zapatistas

Mit dem Ruf »Ya basta!« besetzten AnhängerInnen der EZLN (Ejército Zapatista de Liberación Nacional – Zapatistische Armee der nationalen Befreiung) am 1. Januar 1994 die Rathäuser mehrerer Städte und Dörfer in Chiapas. Sie forderten Demokratie für alle in Mexiko lebenden Menschen, indigene Autonomie in den Gemeinden, eine Landreform und soziale Gerechtigkeit.

Der bewaffnete Aufstand der Zapatistas wurde von Seiten der mexikanischen Regierung mit einer militärischen Großoffensive beantwortet. Das Militär bombardierte willkürlich Dörfer und es kam zu unzähligen Opfern unter der Zivilbevölkerung. Aufgrund breiter nationaler und internationaler ziviler Proteste legten beide Seiten nach zwölf Tagen die Waffen nieder. Unter der Vermittlung des Bischofs von San Cristóbal gab es ersten Friedensverhandlungen.

Das 2001 von der Regierung verabschiedete »Indigene Gesetz« reicht jedoch in keiner Weise an die bei den ersten Verhandlungen festgehaltenen Rechte heran, sodass die rechtliche Situation weiterhin unbefriedigend bleibt.

Widerstand und Politikverständnis der Zapatistas

Im Zentrum des zapatistischen Politikverständnisses steht die Würde. Ihre eigene Würde sehen sie durch die vom Staat Mexiko durchgesetzte Politik verletzt und befinden sich daher im Widerstand. Seit 1994 ist jedoch kein bewaffneter Übergriff bekannt, zu dem sich die Zapatistas bekennen und die EZLN ist als bewaffneter Arm der Bewegung den zivilen Entscheidungen klar untergeordnet.

Nach dem Scheitern der Friedensverhandlungen brachen die Zapatistas den Kontakt mit der Regierung ab und widmeten sich dem direkten Dialog mit der Bevölkerung. Die Zapatistas kämpfen nicht, um selbst an die Macht zu kommen, sondern um den Menschen die Macht zurückzugeben, die ihnen genommen wurde. Daraus ergibt sich unter dem Motto »preguntando caminamos« (»Fragend gehen wir voran«) ihr basisdemokratisches Politikverständnis und das in den zapatistischen Dörfern umgesetzte Prinzip der Selbstverwaltung.

Im Rahmen der »Anderen Kampagne« reisen die Zapatistas daher durch ganz Mexiko, um ihre Ideen vorzustellen und mit der »Basis« – also der Bevölkerung – zu diskutieren.

Krieg niederer Intensität

Da die militärische Großoffensive von 1994 der mexikanischen Regierung hohe politische Kosten und Proteste der nationalen und internationalen Öffentlichkeit mit sich brachte und so das Image des »Schwellenlandes Mexiko« schädigte, meidet die mexikanische Regierung seitdem den direkten Konflikt mit der EZLN. Die heutige Situation in Chiapas ist daher als Krieg niederer Intensität zu bezeichnen. Dieser Zustand ist gekennzeichnet von Bedrohungen, Entführungen

und »Verschwindenlassen« politischer AktivistInnen. Die zunehmende Militarisierung konzentriert sich auf das von den Zapatistas bewohnte Gebiet. Militärs und Paramilitärs entgehen ihren Verbrechen straflos und unter dem Deckmantel der »Drogenbekämpfung« greift das Militär zu immer härteren Maßnahmen. Es kommt zu willkürlichen Verhaftungen oder sogar zur Räumung ganzer Dörfer. Die Strategie zielt darauf ab, die mit den Zapatistas sympathisierende Zivilbevölkerung zu schwächen und zu spalten, um so den Rückhalt der Zapatistas in der Gesellschaft zu untergraben.

Aktuelle politische Situation

22. Januar 2010: Im Beisein von Regierungsbeamten und JournalistInnen wird das von Zapatistas bewohnte Dorf Laguna de San Pedro gewaltsam von Polizei und Militär geräumt und niedergebrannt. Die Regierung beabsichtigt in diesem Gebiet die Wiederaufforstung des Biosphärenreservats und die Errichtung von privaten Ökotourismuszentren. Die DorfbewohnerInnen wurden unter Zwang umgesiedelt und verloren neben ihrem gesamten Besitz auch ihr Land – und damit ihre Lebensgrundlage.

August 2010: Trotz der zahlreichen Aufstandsgerüchte schweigen die Zapatistas. Ob sie im Jubiläumsjahr der Revolution ein Zeichen setzen werden – wir werden sehen!

von Sophie Unger

Sophie Unger war selbst als MenschenrechtsbeobachterIn in Chiapas tätig.

Weitere Informationen:

www.chiapas98.de; www.carea-menschenrechte.de; <http://chiapas.indymedia.org> (spanisch)

Eine Möglichkeit, sich für die Zapatistas zu engagieren ist die Arbeit als MenschenrechtsbeobachterIn. In Deutschland wird die Vorbereitung dafür von CAREA e.V. organisiert. Menschenrechtsbeobachtung dient der Schaffung von Öffentlichkeit und versucht durch die Erhöhung des politischen Drucks gewalttätigen Übergriffen entgegenzuwirken.

»Die kosmische Rasse«

Die Unterteilung von Menschen in verschiedene »Rassen« ist tief in der mexikanischen Identität verwurzelt

Am 12. Oktober feiert Mexiko den »día de la raza«, den Tag der Rasse. Es ist der Jahrestag der »Entdeckung« Amerikas durch Christoph Kolumbus. Doch erinnert der 12. Oktober im Bewusstsein der MexikanerInnen nicht an den Beginn von Kolonialherrschaft und Unterdrückung; vielmehr wird an diesem Tag die Vereinigung der europäischen »Rasse« der Konquistadoren mit den »Rassen« der Maya und der Azteken gefeiert. Aus dieser Mischung ging »la raza mexicana«, die »mexikanische Rasse«, hervor.

Nach 200 Jahren Unabhängigkeit lässt sich keine Zweiteilung der Gesellschaft in europäische Eliten und unterdrückte Indigene mehr ausmachen. Bezugspunkt der Identität des Großteils der MexikanerInnen ist die »raza mexicana«. Der mexikanische Philosoph José Vasconcelos lehrte in seinem 1925 erschienen Werk »La raza cósmica«, »Die kosmische Rasse«, aus der »Rassenmischung« Lateinamerikas gehe als Synthese der schwarzen, roten, gelben und weißen »Rassen« eine fünfte »Rasse«, die »kosmische Rasse« hervor. Die Gedanken Vasconcelos prägen den identitätsstiftenden Begriff der »raza mexicana« bis heute. So bilden die Worte José Vasconcelos: »Por mi raza habla el espíritu« (der Geist spricht für meine »Rasse«) den Leitspruch der staatlichen »Universidad Nacional Autónoma de México«.

»La raza« wird selbstbezeichnend für das mexikanische Volk, die eigene Kultur gebraucht und hat nicht immer den direkten Bezug zum Rassengedanken, dennoch ist die Unterteilung von Menschen in verschiedene »Rassen« tief in der mexikanischen Identität verwurzelt. Diese Unterteilung bringt eine unterschiedliche Bewertung von Menschen aufgrund äußerlicher Merkmale mit sich. Als eine bis heute wirkende koloniale Idee ist das »Weiße« konnotiert mit Reichtum und gesellschaftlichem Ansehen. Die Überschwemmung Mexikos mit US-amerikanischen Konsumprodukten im Zuge einer politischen und kulturellen Orientierung an den Vereinigten Staaten Amerikas tut ihr Übriges: Die riesigen Werbetafeln, die die stark befahrene Stadtautobahn Mexiko Citys säumen, zeigen fast ausschließlich große, blonde Menschen mit blauen Augen und heller Haut.

In Mexiko existiert eine eindeutige Benachteiligung von Menschen aufgrund äußerer Merkmale: Dunklere Hautfarbe und kleinere Körpergröße – Eigenschaften insbesondere indigener Bevölkerungsgruppen. Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt, in der politischen Partizipation und im alltäglichen sozialen Umgang sind die Folge.

Die wirtschaftliche und politische Unterdrückung der Indigenen Mexikos ist mehr als ein Verteilungskonflikt, mehr als eine Frage der Anerkennung verschiedener Kulturen, sie ist eine rassistisch motivierte. Die Wurzeln hierfür liegen in einem latenten Rassismus, der dem kollektiven Unterbewusstsein Mexikos innewohnt.

nbb

Die Rote Tora meint:

וְתִירָאן הַמִּלֹּדֹת אֶת־הָאֱלֹהִים וְלֹא עָשׂוּ כַּאֲשֶׁר דִּבֶּר אֱלֹהִין
מֶלֶךְ מִצְרַיִם וְתַחֲיִין אֶת־הַיְלָדִים:

Aber weil die Hebammen Gott fürchteten, taten sie nicht, wie ihnen der König von Ägypten gesagt hatte, sondern ließen die Jungen am Leben. (Exodus 1:17)

Der italienische Künstler Maurizio Cattelan hängt vor einigen Monaten Puppen von toten Kindern an die Bäume der Piazza XXIV Maggio in Mailand. Von einer der meist befahrenen Straßen hatten die täglich zur Arbeit Fahrenden beste Einsicht auf die toten Puppenleiber. Es gab einen Eklat und das provokative Kunstwerk musste entfernt werden.

Ist unsere Humanität derart gestiegen, dass uns selbst der Anblick von toten Puppen verstört?

Das Buch Exodus («Auszug») der Hebräischen Bibel (des Alten Testaments), berichtet von einer Geschichte, in welcher der ägyptische König den Hebammen in seinem Land befiehlt, die männlichen Kinder der Israeliten bei der Geburt zu töten, weil das Fremdvolk so schnell wachse und er seine Macht bedroht sah. Die Hebammen allerdings weigerten sich die Kinder zu töten, weil sie Gott fürchteten.

Dass in dem Ärger über die Provokation des italienischen Künstlers unter Berufung auf Humanität auch eine Art schlechtes Gewissen mitschwang wurde m.E. an mancher Stelle deutlich. Sind doch die Puppen in ihrem zerfleischten Stoffetzen ein Verweis auf die nicht zu verleugnenden, tödlichen Auswirkungen des täglichen Handelns auf menschliche Körper. Der Aufruhr über die sichtbaren, geschundenen Puppen ist ein deutliches Zeichen des Augen-Schließens.

So ist der Befehl Kinder zu töten subtil, unausgesprochen, in Strukturen und Institutionen verdunkelt und versteckt. Und somit ist auch das schlechte Gewissen versteckt – die Möglichkeit sich dem Befehl zu widersetzen genauso schwer zu greifen.

Wäre es doch möglich mehr zu tun, als tote Puppen von Bäumen, also aus unserem Blickfeld zu entfernen? Und gibt uns der hebräische Text nicht das Paradigma eines Handelns, eines subversiven Handelns, in Anbetracht von todbringenden Befehlen?

Sowohl die Puppen, als auch die Hebammen wackeln an unserer Ruhe, in der und durch die wir die Armut und das Sterben aus dem Blickfeld schieben und uns sagen, dass sich unsere Verantwortung auf den Teilbereich unserer Arbeit oder der gewissenhaften Erledigung unseres Studiums beschränke. Also: Augen auf – und Befehle verweigern!

Philipp Meier von rote tora

Tramprennen 2010: von Hamburg nach Vama Veche

»Viva con Agua« zeigt, wie Spaß und Engagement verbunden werden können

36 Teams trampen um die Wette von Hamburg nach Vama Veche am schwarzen Meer in Rumänien. Und das nicht nur zum Spaß, sondern auch noch für einen guten Zweck: Der gesamte Erlös, den die Teams vor Rennbeginn durch Teamsponsoren oder TeampatInnen sammeln, kommt »Viva con Agua« zu Gute.

»Viva con Agua« ist ein gemeinnütziger Verein aus Hamburg. Ziel der Initiative ist es, Trinkwasserprojekte in »Entwicklungsländern« zu finanzieren und auf den weltweiten Trinkwassermangel aufmerksam zu machen. Zusammen mit der Welthungerhilfe werden Projekte in Afrika, Lateinamerika und Asien realisiert. »Viva con Agua« versteht sich als offenes Netzwerk, das Menschen mit unterschiedlichsten Talenten und Ideen eine Plattform bietet, auf der man sich ausleben kann und gleichzeitig einen Teil zur Lösung weltweiter Probleme beiträgt. Ein Projekt dieser Art war das in diesem Jahr zum dritten Mal stattgefundene Tramprennen.

Ziel der Aktion war es, unterwegs auf den weltweiten Trinkwassermangel aufmerksam zu machen, Menschen für das Thema zu sensibilisieren, mit Radio- und Zeitungsinterviews, Flyern, der Webpräsenz und spontanen Aktionen während des Rennens den Blick möglichst Vieler auf das wichtigste Gut des 21. Jahrhunderts zu lenken.

Und auch das Team »Tofu & Hack« aus Heidelberg machte sich auf den Weg nach Hamburg – Start war am 23. August um 7 Uhr am Millerntor in Hamburg. Es trafen sich ca. 70 Personen (36 Teams) um auf drei verschiedenen Routen nach Vama Veche am Schwarzen Meer in Rumänien zu trampen. Jedes Team war ausgestattet mit einem Hitch-Paket mit Eddings, Straßenkarten, T-Shirts und Flyern. Die Stimmung etwas angespannt, es begann zu nieseln, viele waren zum ersten Mal dabei und konnten noch nicht erahnen, was sie in den nächsten Wochen erwarten würde. Zuerst startete die Route »Knut«, deren erstes Etappenziel Heidelberg war. Ihr Handicap war ein besonderes: jedes Team hatte einen Rollstuhl dabei, der in Heidelberg dem

Verein »Rollis für Afrika« übergeben wurde. Die Route »Dirk« hatte ihr Ziel in Dresden und die Teams der Route »Sönke« mussten es bis Nürnberg schaffen.

In jedem Zielort gab es einen Treffpunkt, an dem jedes ankommende Team ein Foto mit Uhrzeit machte, um so die Punkte vergeben zu können und die Rangliste zu erstellen.

Das dritte Etappenziel war für alle drei Routen Budapest. Auf einem Zeltplatz mitten in der Stadt trudelten im Laufe des Nachmittags immer mehr erleichterte, geschafft grinsende und voll mit spannenden Geschichten bepackte Teams ein. Es wurde von wilden Porschefahrten, von lustigen Hippie-Bussen und seltsamen Truckern berichtet. Budapest und auch sein Nachtleben wurden ausführlich besichtigt und die Spekulationen über mögliche Favoriten wurden immer hitziger. Schließlich ging es nicht nur um den Routen-, sondern auch den Gesamtsieg!

Genau eine Woche nach dem Start in Hamburg machten sich früh morgens inzwischen noch etwa 65 Trampler auf den Weg auf die ungarischen Autobahnen. Schließlich sollte nun der wirklich spannende Teil des Rennens beginnen.

Von Ungarn aus führten die drei Routen durch die Slowakei und Serbien nach Rumänien. Rumänien, inzwischen durch die Abschiebung der Roma aus Frankreich in den Medien, ist ein faszinierendes Land. Wunderschöne Landschaften, verwinkelte alte Städte, Dörfer wie hier vor hundert Jahren und eine sehr vielfältige Bevölkerung. Städte wie Sibiu, Cluj, Novi Sad, Timisoara und Bucarest sind mehr als sehenswert.

Am 4. September dann hatten alle Routen den selben Zielort: Vama Veche am Schwarzen Meer. Ein kleines Dorf kurz vor der bulgarischen Grenze, vor einigen Jahren noch romantisches Fischerdorf, inzwischen Partymetropole mit Ballermann-Flair. Treffpunkt war die »Bar Pirati«, die Fotografin aus Hamburg erwartete die ankommenden bereits und mit ihr eine Menge Gypsies, die im Radio von uns gehört hatten! Es ging bis spät in die Nacht und alle ankommenden Teams wurden gebührend begrüßt und gefeiert. Bei der SiegerInnenerhebung wurde von der Rennleitung die Rangliste bekanntgegeben, den Organisatoren wurde gedankt, Viva con Agua wurde bejubelt und vor allem feierten sich 65 Freaks, die 2500km quer durch Europa getrampt waren und damit den Bau von 9 Quelleinfassungen im Mwogo Tal von Ruanda finanzierten und so dazu beigetragen haben, mehreren Tausend Menschen den Zugang zu sauberem Trinkwasser zu sichern.

Wer sich das Ganze genauer anschauen möchte: www.tramprennen.org. Hier gibt es die Profile der Teams, den SMS-Live-Ticker, die Etappenberichte, den Film vom letzten Jahr (bald auch den aktuellen) und vieles mehr.

Und: es wird bald eine »Viva con Agua – Zelle« in Heidelberg geben, wer also Lust hat sich zu informieren oder zu engagieren: www.vivaconagua.org.

von Barbara Götz

»Wir haben gemeinsam entschieden, und wir sind alle verantwortlich.«

Das *tatütheata* spielt Sartres »Tote ohne Begräbnis«

Ein Dorf im besetzten Frankreich 1944. Im Keller eines Hauses erwarten fünf Resistancekämpferinnen und -kämpfer den Tod. Doch vorher sollen sie den Namen und den Aufenthalt ihres Anführers verraten. Im Raum über ihnen müssen die Kollaborateure über ihre eigene Rolle im Geschehen entscheiden. Wie weit werden sie gehen, um den Willen der Gefangenen zu brechen?

»Was kann dir das ausmachen? Hauptsache, wir gewinnen.«

Zwischen Selbstverachtung und Machtstreben, Furcht und Sehnsüchten versuchen verlorene Menschen, die Gefangenen wie auch ihre Folterer, mit allen Mitteln ihrem Leben noch einen Sinn zu geben.

»Ich fehle nirgends, ich hinterlasse keine Leere. Die Métros sind überfüllt, die Restaurants besetzt, die Köpfe zum Bersten voll mit kleinen Sorgen. Ich bin aus der Welt gerutscht, und sie ist voll geblieben.«

Das *tatütheata* tritt mit dem anspruchsvollen Vorhaben, Jean-Paul Sartres beklemmendes Stück auf die Bühne zu bringen, bereits zum vierten Mal im Romanischen Keller auf. Die Studierenden verschiedenster Fachrichtungen treffen dabei wie immer alle Regieentscheidungen gemeinsam. Das Ergebnis, so die SchauspielerInnen, ist eine Inszenierung, »die von der Kreativität aller profitiert und trotzdem eine gemeinsame Linie aufweist«.

Termine: 20., 23., 26., 27. und 28. November um 20 Uhr im Romanischen Keller

Eintritt: 5/8 Euro

Kartenvorbestellung: karten@tatuetheata.de
weitere Informationen: www.tatuetheata.de
oder 06221 709457

Heidelberger Theater 2010

Zu spät, sie sind schon vorbei. Zehn Ensembles an sieben Spieltagen – das versprach eine Theaterdröhnung. Und man hätte keine einzige Aufführung verpassen sollen, weil sie so unterschiedlich waren. Von Einmann-Ensembles bis achtköpfigen Truppen, von klassischen Dramen bis Slapstick. Alles, was derzeit in der deutschsprachigen, freien Theaterszene angesagt ist, war hier repräsentiert. Und das kam gut an. Die beiden Spielorte, das TiKK im Karlstorbahnhof und der Romanische Keller verzeichneten über 90prozentige Auslastung, begeisterte Ovationen für jedes Stück. Am Ende wurde der 13. Heidelberger Theaterpreis durch den Freien Theaterverein Heidelberg e.V. vergeben. In der Jury saßen für die Kulturszene Heidelbergs engagierte Persönlichkeiten. Ihr Preis ging an »Zirkuskind«, aufgeführt von Christof Seeger-Zurmühlen vom theaterkollektiv per.Vers. aus Düsseldorf.

Die Laudatio der Jury würdigte die beeindruckende Inszenierung von Reimsprache (Texte von Friedhelm Kändler, Erich Kästner, Boris Vian und eigene), die zusammen mit Gestik, Mimik und Kostüm aus Märchen- und Sagenstoffen komische wie erschütternde Bilder schaffe. Seeger-Zurmühlen spielt clownesk in der Art und Weise, wie er sich von der Reimerei bezwingen lässt. Im Zwang der Artistik ringt er um und mit verschiedenen Rollen – Dornröschen, dem Froschprinzen, dem Dichterlein, der Ameise in Plüschpantoffeln. Die Tragik des Clowns ist der Rollenzwang, sein Korsett die Ulckigkeit seiner Gebärde und des Kostüms und in diesem Stück der Zwang zum Reim, Künstlertum, das das Publikum ohne Pardon ihm abverlangt. Deswegen blieb den Zuschauern letztlich das Lachen im Halse stecken – ihre Rolle des Voyeurs und Spötters wurde vorgeführt.

Neben dem Jurypreis konnte auch das Publikum abstimmen und verlieh dem Freiburger Cargo Theater für dessen Stück »Der große Coup« den Wanderpokal »Der Puck« (hier im Hintergrund des Artikels zu sehen). Das Zweimann-Ensemble beeindruckte durch die Inszenierung einer slapstickartigen Tragikomödie, in der es sich einem radikal reduzierten Bühnenequipment bediente. Lediglich mit ein paar grauen Holzkisten und –klötzchen wurden ein Juwelenraub, Verfolgungsjagden mit Hubschrauber und Auto, eine Rettung vom Ertrinken usw. überzeugend in Atmosphäre und Handlungsdetail gespielt.

Was die Organisatoren der Theatertage – das Team des TiKK unter der Leitung von Matthias Paul und des Romanischen Kellers unter Leitung von Markus Gansel – auf die Beine gestellt haben, ist beeindruckend: die Vielseitigkeit des Programms, der reibungslose Ablauf, die gute Stimmung – und das mit nur sehr geringem Sponsoring. Im Vorfeld der Theatertage haben sie einen Flohmarkt und eine Benefiz-Gala veranstaltet, um das Festival zu finanzieren. Sie haben sich die gute Resonanz von den Schauspielern und dem Publikum wohl verdient, und mehr.

lk

Wer nicht bis zu den nächsten Theatertagen im Oktober 2011 warten will, um kreatives, freies Bühnenprogramm zu sehen, sollte die Termine im TiKK und Romanischem Keller auf der nächsten Seite wahrnehmen.

Spaß an der Herausforderung – 20 Jahre Anglistenchor

Was 1990 mit der Idee einer Sekretärin am Anglistischen Seminar begann, ist heute fester Bestandteil der Heidelberger Universitätslandschaft. Seit nunmehr zwei Jahrzehnten besticht der »Anglistenchor« durch variierte und virtuose stimmliche Darbietungen. In den Anfangsjahren noch nicht festgelegt (die Palette umfasste damals noch Gospel und Folk), widmet sich die Gruppe unter der Leitung von Clayton Bowman seit geraumer Zeit ausschließlich klassischer englischsprachiger Chormusik. Unter der Aufsicht des ausgebildeten Dirigenten aus den USA werden dabei Werke von Elgar, Purcell oder Händel interpretiert – Stoff mit Anspruch. Genau darin liege jedoch der Reiz, versichert Katharina Severa, Chormitglied und Vorstandsvorsitzende. Die Begeisterung für klassische Musik, die Arbeit an einzelnen Tönen, Melodien und der Aussprache, gepaart mit dem hohen Anspruch sämtlicher Stücke fungiere als treibende Kraft bei allen Beteiligten. Nach etlichen Probestunden gemeinsam ein Werk erarbeitet zu haben und andere daran Teil haben zu lassen, sei letztlich das Faszinosum der Chorarbeit. Und wer denkt, nur Anglisten und professionelle Musiker kämen dabei zum Einsatz, der irrt. Mit Ausnahme einer Handvoll Choristen sind alle Mitstreiter des um die 60 Stimmen umfassenden Ensembles Laien und Studierende diverser Fachrichtungen. Ob Politologen, Sinologen oder Physiker, alle fröhnen sie im Chor ihrer Liebe zum gesungenen Wort – Verständigung über die Fachgrenzen mal anders.

Die intensive Arbeit zeitigt ihre Früchte. Vor allem seit der gezielten Umstellung auf klassische Musik verbucht der Chor steigende Zuhörer- und Mitgliederzahlen. Für weitere 20 Jahre stehen die Zeichen demnach gut. Allein in finanzieller Hinsicht wünschen sich die Sänger mehr Unabhängigkeit, weswegen Anfang des Jahres die Umstrukturierung zum Verein erfolgte. So erhofft sich die Gruppe, die von universitärer Seite bisher keinerlei Förderung erfahren hat und sich lediglich mit Konzerteinnahmen trägt, zusätzliche Mittel in Form von Mitgliedsbeiträgen und Spenden. Diese werden dringend benötigt, soll das rege Schaffen auch weiterhin gewährleistet bleiben. Denn nach einer erfolgreichen Konzertreise nach Dublin vergangenen August stehen bereits die nächsten Projekte an, nicht zuletzt aufgrund des Jubiläumsjahres. Im Dezember will der Chor allen

Klassik-Aficionados die vorweihnachtliche Stimmung mit G. F. Händels *The Messiah* in der festlichen Alten Aula versüßen. Besonderes highlight wird dabei der Einsatz historischer Instrumente sein. Ende Januar 2011 soll anschließend beim Stummfilmfest des DAI *Das Phantom der Oper* gesanglich begleitet werden. Das weitaus ambitionierteste Vorhaben steht jedoch für Juli kommenden Jahres an. In Zusammenarbeit mit der *Drama Group* des Anglistischen Seminars sowie der Musikhochschule Mannheim wagt der Chor sich an Henry Purcells szenische Oper *Dido and Aeneas*.

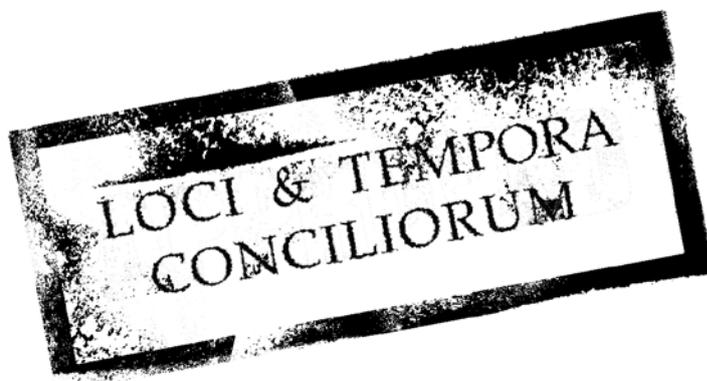
Wem es nach dem Lesen dieser Zeilen selbst nach Choral ist, muss sich vorerst gedulden. Da der Verein mit seiner momentanen Mitgliederzahl ausgelastet ist, die Besetzung jedoch mit der Zeit wechselt, wird es wieder ein Vorsingen geben – allerdings erst im kommenden Semester. Musikalische Ausbildung und Notenlesen sind dabei keine Voraussetzung. Mitmachen kann, wer ausreichend Motivation, Spaß an Teamwork, ein gutes Gehör und Vertrautheit mit dem Englischen mitbringt. Glück in *diesem* Semester kann freilich noch haben, wer männlich ist und über einen kräftigen Kehlkopf verfügt. Der Chor braucht nämlich noch Männerstimmen.

www.anglistenchor-heidelberg.de

bw

IMPRESSUM... der UNiMUT
Zeitschrift [an] der Uni Heidelberg
Ausgabe 07/2010. Nr. 208 vom 4. November 2010.
Redaktion: Nina Marie Bust-Bartels (nbb), Leonard Keidel (lk), Christopher Laumanns (cl), Theresa Pleitner (tp), Janina Reibold (jr), Johannes Schneeweiß (js), Annika Sterk (as), Ben Wolff (bw).
Auflage 3000. Unidruckerei.
Für namentlich gekennzeichnete Beiträge ist der/die VerfasserIn verantwortlich.
Unterstützt vom »AStA« (nicht verfasst), AlbertÜberle-Str 3-5, 69117 Heidelberg. e-mail: unimut@urz.uni-heidelberg.de





Do, 04.11., 17 Uhr: Vortrag: »Der Zusammenhang von Behinderung und Armut« mit Konstantin Bender, NUni HS 15

Do, 04.11., 20 Uhr: Film »War Dance«, Gumbelraum, Karlstorbahnhof

Fr, 05.11., 19 Uhr: Offenes Antifa-Treffen, Cafe Gegendruck, Fischergasse 2

Fr, 5.11., 19.30 Uhr: Film »La vida del Che«, Malecón, Mittelbadgasse 3

Sa, 06.11., 10.30 Uhr: Auf den Spuren des Mannheimer Widerstandes. Mit dem Fahrrad von der Gartenstadt zur KZ-Gedenkstätte Sandhofen, Treffpunkt: Freyaplatz in der Gartenstadt, Mannheim, Anmeldung erwünscht

Sa, 06.11., 14 Uhr: Film »Honduras - Perspektiven des Widerstandes«, Gumbelraum, Karlstorbahnhof (Eine-Welt-Tage)

Sa, 06.11., 20 Uhr: »Wenn die Liebe hinfällt« – Musikkabarett von Die PrinZessen, Romantischer Keller.

So, 07.11., 13 Uhr: Konsumkritischer Stadtrundgang, Treffpunkt Weltladen-Altstadt, Heugasse 2 (Eine-Welt-Tage)

So, 07.11., 14 Uhr, Stadtrundgang »Heidelberg im Nationalsozialismus«, Treffpunkt: Uni-Platz Heidelberg (Brunnen)

Mo, 8.11., 19 Uhr: Film »Water makes money«, Karlstorkino (Eine-Welt-Tage)

Di, 9.11., 20 Uhr, Film »Ein Augenblick Freiheit«, Karlstorkino (Eine-Welt-Tage, Asylarbeitskreis HD)

Do, 11.11., 19 Uhr: Film »Ruanda – Ein afrikanisches Land auf dem Weg in die Zukunft«, Volkshochschule, Bergheimer Str. 76 (Eine-Welt-Tage)

Sa, 13.11., 20 Uhr: Film »Workingman's Death«, Weltladen Altstadt, Heugasse (Eine-Welt-Tage)

Fr, 19.11., 20 Uhr: »Groß gegen klein«, vom Heidelberger Improtheater Kopfsalat, TiKK, Karlstorbahnhof

Sa, 20. und So, 21.11., 20 Uhr: »TopDogs« von der Gruppe spielART, TiKK, Karlstorbahnhof

So, 22.11., 11 und 15 Uhr im TiKK: »Secret Girls – Auf Highheels in den Tod« von der Theater-AG der Klasse 9 der Otto-Graf-Realschule, Leimen

Mi, 24.11., 19.30 Uhr: »Kampf um die Köpfe« – Öffentlichkeitsarbeit und Nachwuchswerbung der Bundeswehr, Volkshochschule, Bergheimer Str. 76

Do, 25.11., 19 Uhr: Singer-Songwriterabend im ZEP mit Bischler & Dominik Bär & Peter Schaefer, Zeppelinstr. 1

Do, 25.11., 20 Uhr: Offene Bücher, Romantischer Keller

Fr, 26.11., 20 Uhr: »Lemminge« von Theater ImPuls, TiKK, Karlstorbahnhof

So, 28.11., 19 Uhr: Vokü mit der Roten Hilfe, Cafe Gegendruck, Fischergasse 2